

Aufatmen nach dem Nervenkrieg

Bei den Marathonverhandlungen der möglichen GroKo-Partner drehte sich zum Schluss alles nur um die Ämter

Von unserem Korrespondenten
Bernhard Junginger

Auf der Zielgeraden werden die Koalitionsverhandlungen doch noch zum Nervenkrieg. Die letzte Gesprächsrunde, die am Dienstagmorgen im Konrad-Adenauer-Haus begonnen hat, ist auch 24 Stunden später nicht beendet. Die Wintersonne steht an diesem klirrend kalten Mittwoch fast im Zenit, als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), SPD-Chef Martin Schulz und der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer am Rande des Berliner Tiergartens weiter um letzte Eckpunkte einer Neuauflage des schwarz-roten Regierungsbündnisses ringen. Ein weiteres Mal waren die Gespräche in die Verlängerung gegangen. Dort, wo die Verhandlungen zwischen Union und SPD 13 Tage zuvor begonnen hatten, in der CDU-Bundeszentrale, gehen sie am Mittag dann zu Ende.

Zwei „Puffertage“, die sich die 91 Spitzenvertreter der drei Parteien vorsorglich frei gehalten hatten, waren nötig gewesen, und dann noch eine ganze Nacht und ein Vormittag. Herausgekommen sind nicht nur 177 Seiten mit den Vorhaben, die Union und SPD in einer gemeinsamen Regierung in den kommenden vier Jahren umsetzen wollen. Oder wohl

177 Tage Regierungszeit sind schon vorbei

eher dreieinhalb, denn seit der Bundestagswahl sind bereits 137 Tage ins Land gegangen. Und ganz sicher ist es ja noch nicht, dass es wirklich klappt mit der nächsten GroKo – die Zustimmung der SPD-Basis steht bislang aus.

Es ist dieser Umstand, die Bedrohung, dass am Ende doch noch alles scheitert, die diese Koalitionsgespräche so brisant gemacht haben, wie vielleicht bei keiner Regierungsbildung zuvor. So sind die Ergebnisse andere, als die Kräfteverhältnisse nach der Wahl eigentlich erwarten lassen würden. Die SPD, die massive Verluste hatte hinnehmen müssen, die auf kaum mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen abgesackt war und mit Martin Schulz als Kanzlerkandidat das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit erzielt hatte, war nach dem Scheitern der Gespräche über eine mögliche Jamaika-Koalition zwischen Union, FDP und Grünen plötzlich unverzichtbar für Kanzlerin Angela Merkel.

Wollte sie sich in eine vierte Amtszeit retten, musste sie der SPD weit entgegenkommen. Als die Kanzlerin am Mittwochnachmittag vor die Presse tritt, sieht sie nach mehr als 30 Stunden ohne Schlaf erstaunlich frisch aus, die Erschöpfung äußert sich allenfalls darin, dass sie häufiger blinzelt als sonst.

Das ausgehandelte Papier sieht sie „als gute Grundlage für eine stabile Bundesregierung“. Sie beteuert, die Anstrengungen der vergangenen Wochen hätten sich gelohnt. Nun gelte es, um Zustimmung zum Koalitionsvertrag zu werben – denn für Merkel geht es um alles beim SPD-Mitgliederentscheid. So klingt die CDU-Vorsitzende fast, als richte sie sich an die Mitglieder der SPD, wenn sie sagt, dass den Menschen in sozialen Bereichen mehr Sicherheit gegeben werden solle. Merkel widerspricht auch nicht, als SPD-Chef Schulz herausstellt, wie sehr der Koalitionsvertrag eine „sozialdemokratische Handschrift“ trägt.

In der Nacht zuvor hatten die Unterhändler der Union der SPD auch in den



SIE SIND SICH IN DEN ZÄHEN GESPRÄCHEN NÄHER GEKOMMEN: Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) sicherten zuletzt in einer 24-stündigen Verhandlungsrunde die schwierige Kompromisslösung für eine mögliche neue Große Koalition. Foto: dpa

beiden verbliebenen Knackpunkten Sachgrundlose Befristung und Zweiklassenmedizin deutliche Zugeständnisse gemacht. Doch Kompromisse, über die sich vor allem die SPD freuen kann, hat Merkel unter dem Druck einer drohenden Ablehnung des Koalitions-

Vor allem die SPD freut sich über den Kompromiss

vertrags durch die SPD-Basis auch bei der Zuteilung der Ministerien gemacht. „Dass die Frage, wer bekommt welches Ressort, keine einfache war, kann ich ihnen verraten“, sagt Merkel.

Die größten Sachfragen waren nach Informationen unserer Zeitung bereits Dienstagnacht gegen 10 Uhr gelöst. Die restliche Nacht hindurch soll es rein ums Personal gegangen sein. Die SPD, so heißt es, hat hart verhandelt, vor allem Fraktionschefin Andrea Nahles soll sich

dabei hervorgetan haben – wie schon in den Tagen zuvor.

Zwar sollen CDU und SPD wie bisher jeweils sechs und die CSU drei Ministerien bekommen. Doch Merkel tritt der SPD das wichtige Finanzministerium ab. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz soll es erhalten, der sich nach Angaben aus Teilnehmerkreisen bereits bei den Verhandlungen auffällig stark den Fragen der Finanzierbarkeit einzelner Vorhaben angenommen hat. Zudem soll Scholz Vizekanzler werden – und nicht Martin Schulz, der sich das wohl erhofft hatte. Schulz bekommt aller Voraussicht nach das Außenministerium, obwohl ihm viele Parteifreunde davon abgeraten hatten, ins Kabinett zu gehen. Er selbst hatte es nach der Wahl ausgeschlossen. Zwar konnte sich Schulz parteiintern durchsetzen, trotzdem geht er nicht als Gewinner aus den Verhandlungen hervor. Als Parteichef habe er während der Gespräche enttäuscht, heißt es sogar in den eigenen Reihen.

Georg Nüßlein, Verhandlungsführer der CSU in der Gesundheitspolitik, hat Schulz als „Dank-Beauftragten“ der SPD erlebt. Wenn die Arbeitsgruppen den drei Chefs ihre Ergebnisse vorge-tragen hätten, habe sich Schulz stets höflich für deren Arbeit bedankt. Dann

Martin Schulz agierte als „Dank-Beauftragter“

habe er den Raum verlassen, um sich vor einer Entscheidung Rückendeckung zu holen. „Er hat offenbar keine Prokura mehr“, sagt der CSU-Politiker aus Neu-Ulm. In der SPD heißt es, dass die Fäden bei Andrea Nahles zusammengelaufen seien – die Schulz wohl an der Parteispitze ablösen wird.

Dass die SPD so gut abschneidet, nutzt am Ende indirekt auch der CSU. Denn so muss Merkel auch der bayerischen Schwesterpartei ordentlich etwas bie-

ten. Hat die CSU bislang mit Verkehr, Entwicklung und Landwirtschaft drei eher kleine Ressorts inne, gibt es jetzt eine Aufwertung. Bei Verkehr und Entwicklungshilfe bleibt es, doch das Landwirtschaftsministerium wird gegen ein „Superministerium“ eingetauscht.

Horst Seehofer soll in der künftigen Regierung das mächtige Innenressort übernehmen, das noch dazu um die Bereiche Heimat und Bauwesen erweitert wird. Wobei am Mittwoch selbst in der CSU noch längst nicht allen klar ist, was ein Bundes-Heimatminister eigentlich leisten soll. Seehofer hatte sich selbst von engen Weggefährten zuletzt nicht in die Karten sehen lassen, alle Fragen über seine persönlichen Zukunftspläne stets weggelächelt.

Nicht wenige in der CSU hatten vermutet: Nachdem klar war, dass Markus Söder ihn als bayerischer Ministerpräsident ablösen soll, würde Seehofer seine politische Karriere auslaufen lassen. Seine auffällige Gelassenheit selbst nach nächtelangen Verhandlungen werteten manche als Zeichen, dass Seehofer sich den Stress eines Ministeramts im Bund nicht mehr antun werde. Er hat den aufreibenden Berliner Politikbetrieb bereits als Bundeslandwirtschaftsminister von 2005 bis 2008 kennenge-

Horst Seehofer soll „Superminister“ werden

lernt. Die Zweifler sollten sich täuschen. Seehofer hat noch längst nicht genug. Vielleicht, so heißt es nun, war er sich mit Merkel längst darüber einig, dass er „Superminister“ wird. Bei der Pressekonferenz am Mittwoch grinst Seehofer bis über beide Ohren. Wenn man in Bayern mit etwas sehr zufrieden sei, dann sage man „Passt scho“. Das scheint auch für seinen eigenen Weg zu gelten.

Am Ende der langen Nacht kommen aber auch Verlierer aus dem Konrad-Adenauer-Haus heraus. Für Thomas de Maizière steht am Morgen fest, dass er sein Amt an Seehofer abgeben muss. Mit versteinerter Miene tritt er vor die Kameras. Die Journalisten reagieren nicht gleich. Weil der Noch-Innenminister von der CDU in den Tagen zuvor meist wortlos an ihnen vorbeigegangen war, begreifen sie zunächst nicht, dass er nun doch etwas sagen will. Es sind Worte des Abschieds: „Als Minister hatte ich ein Amt auf Zeit, das war mir immer bewusst.“ Andere Ämter seien für ihn niemals infrage gekommen.

Dass Merkel der SPD so weit entgegengekommen ist, ärgert viele in ihrer eigenen Partei. CDU-Abgeordnete berichten am Nachmittag von wütenden Reaktionen von der Basis. „Dieses Verhandlungsergebnis ist ein Schlag ins Gesicht für jeden, der sich im Wahlkampf für die CDU engagiert hat“ heißt es in einer E-Mail an einen christsozialen Parlamentarier. Auch Angela Merkel wird womöglich auf dem für Ende Februar angekündigten CDU-Parteitag noch für die GroKo werben müssen.

Doch am Mittwoch überwiegt bei vielen Politikern die Erleichterung. Vorbei sind die langen Nächte mit dem stundenlangen Warten auf den Gängen, dem Essen, das in Warmhalteschalen aus Edelstahl vor sich hinköchelt. Das matschige Putengeschmetzelte, das im Willy-Brandt-Haus bei der SPD serviert wurde, sagt ein Teilnehmer, sei der absolute Tiefpunkt der Koalitionsverhandlungen gewesen. Zumindest kulinarisch.

„Tolle Nachrichten für Karlsruhe“

Im Koalitionsvertrag sprechen sich Union und SPD für den Bau des Forum Recht aus

Es sind nur wenige Zeilen, aber die haben für Karlsruhe große Bedeutung. „Wir unterstützen das Forum Recht als dauerhafte Einrichtung des Bundes mit Hauptsitz in Karlsruhe“, heißt es im Entwurf des Koalitionsvertrags auf Seite 119. Es ist der Durchbruch für ein Projekt, das in Karlsruhe schon lange und mit viel Elan vorangetrieben wird. Mit dem Forum Recht soll auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs (BGH) ein Haus des Rechtsstaats entstehen, ein Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger den Rechtsstaat erleben können. Ähnlich wie das Haus der Geschichte in Bonn von der deutschen Nachkriegsgeschichte erzählt, soll das Forum Recht in Karlsruhe ein Informations- und Dokumentationszentrum werden, Bildungsstätte und Erlebnisort. „Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern den Rechtsstaat im Sinne einer gewachsenen Rechtskultur als unverzichtbaren Teil unseres Zusammenlebens näherzubringen“, heißt es im Koalitionspapier,

das Union und SPD am Mittwoch beschlossen haben.

Das Forum Recht sei damit seiner Umsetzung „ein ganz entscheidendes Stück näher gekommen“, freute sich Karlsruhes Oberbürgermeister Frank Men-trup über die Nachricht aus Berlin. „Es belegt den hohen Stellenwert, den die Koalitionäre dem Forum Recht bei der Stärkung von Demokratie und Rechtskultur beimessen.“ Auch der Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther zeigte sich erfreut: „Das sind tolle Nachrichten für Karlsruhe“, erklärte er und betonte: „Jetzt gilt es, das Projekt im Bundestag konkret auf den Weg zu bringen.“

In Karlsruhe hatte sich ein prominent besetzter Initiativkreis mit Persönlichkeiten aus Politik, Justiz, Wirtschaft und Gesellschaft gebildet, der die Planungen für dieses Forum Recht antreibt. Un-

Als Vorbild dient das Haus der Geschichte

ter anderen BGH-Präsidentin Bettina Limperg und Verfassungsrichterin Susanne Baer hatten sich dafür stark gemacht. Dass das Projekt nun Teil des Koalitionsvertrages geworden ist, sei das Ergebnis „einer großartigen Mannschaftsleistung“, hob Daniel Wensauer-Sieber hervor, einer der Gründungsmitglieder des Initiativkreises. Mit dem Forum Recht könne nun ein Projekt verwirklicht werden, das seine Anfänge schon in der Bewerbung Karlsruhes als Kulturhauptstadt vor zehn Jahren genommen hatte. Dass Karlsruhe als Residenz des Rechts den Zuschlag für das Projekt bekommt, war bis zuletzt nicht sicher. Auch Leipzig hatte Interesse angemeldet.

Entstanden ist bereits eine Machbarkeitsstudie, die ein inhaltliches Konzept, eine Bau- und Gestaltungsstudie umfasst. Der Haushaltsausschuss des

Bundestages hatte dafür 200 000 Euro bewilligt. Entstehen soll das Forum Recht auf dem BGH-Gelände an der Ecke am Karlstor, wo die Herrenstraße auf die Kriegsstraße trifft. Zudem ist angedacht, das bestehende historische Saalgebäude im Erweiterungstrakt des BGH-Westflügels in das Forum Recht zu integrieren. In der Machbarkeitsstudie ist von Gesamtbaukosten in Höhe von 75 Millionen Euro die Rede, 2023 wurde dabei als mögliches Jahr der Eröffnung genannt.

Die nächsten Schritte sind nun, das Projekt auf feste Beine zu stellen und eine Trägerschaft zu finden. Denkbar etwa ist, das Forum Recht als Teil der Stiftung des Hauses der Geschichte in Bonn zu integrieren. Zudem muss geklärt werden, aus welchem Bundesetat Mittel fließen. Einen Haken freilich gibt es noch: Die SPD-Mitglieder haben beim Koalitionsvertrag das letzte Wort.

Tobias Roth

DAS FORUM RECHT ist Thema im Koalitionsvertrag.

Foto: pr